

Die Schweiz kann helfen

VON VANESSA BUFF

Der Bundesrat will mehr tun im Kampf gegen Ebola und prüft deshalb den Einsatz von Schweizer Armeeangehörigen in Westafrika. Die Rede ist von rund 90 Freiwilligen sowie von zwei bis drei Helikoptern zum Transport von Menschen und Material. Obwohl darüber hinaus noch wenig über die allfällige Mission bekannt ist, ist der Vorstoss zu begrüßen. Dies zum einen, weil mittlerweile klar geworden ist, dass die Epidemie mit Geld allein nicht unter Kontrolle gebracht werden kann. Zum anderen, weil die Schweiz sowohl über eine lange humanitäre Tradition als auch über die nötigen Mittel – etwa hoch qualifiziertes Personal, medizinisches Wissen und Ausrüstung – für einen solchen Hilfeinsatz verfügt.

Laut der eigens für die Krise eingesetzten UNO-Mission (Unmeer) sollen bis zum 1. Dezember 70 Prozent aller westafrikanischen Ebola-Fälle isoliert und 70 Prozent aller Toten sicher beerdigt sein, um weitere Ansteckungen zu verhindern. Doch Ziele sind das eine, die Realität ist das andere: Derzeit fehlen in den Behandlungszentren Tausende von Betten, es fehlen Transportmöglichkeiten, Schutzanzüge, mobile Laboratorien und Personal. Bis Dezember rechnet die Weltgesundheitsorganisation zudem mit 5000 bis 10000 neuen Ebola-Fällen pro Woche. Die Unmeer wird also jede Hilfe brauchen, um die Krise zu bewältigen und einen Kollaps der betroffenen Gesundheitssysteme zu verhindern.

Natürlich ist der Einsatz in einem Seuchengebiet stets riskant, und selbst für geschultes Pflegepersonal gibt es keinen hundertprozentigen Schutz vor einer Ansteckung. Der Bundesrat täte daher gut daran, das auch so zu kommunizieren und das Bewusstsein für die Gefahren zu wecken. Denn das ist die Voraussetzung, um Rückendeckung für das Vorhaben zu erhalten.

Opfersymmetrie nötig

VON ERWIN KÜNZI



Die Steuerschraube dreht auf beide Seiten, sie kann gelockert, aber auch wieder angezogen werden.

Heute demonstriert das Bündnis Zukunft Schaffhausen auf dem Fronwagplatz gegen das Entlastungsprogramm 2014 (EP14) der Regierung. Das kommt wenig überraschend, sieht doch das EP14 zum Teil tief greifende Einschnitte beim Bildungs- und beim Gesundheitswesen vor. Um 40 Millionen Franken will die Regierung ab dem Jahr 2017 die Staatsrechnung entlasten. Sie will dieses Ziel mit Einsparungen, aber auch mit neuen oder erhöhten Gebühren sowie mit Änderungen im Steuergesetz erreichen. Angesichts der Vielzahl von Massnahmen – insgesamt sind es 122 – war Opposition zu erwarten, sind doch neben der Verwaltung auch die Spitäler Schaffhausen, die Schulen sowie die Polizei stark betroffen. Die Kundgebung auf dem Fronwagplatz ist ein Vorgeschmack darauf, was sich in Bezug auf das EP14 im Kantonsrat abspielen wird, zum ersten Mal am 17. November: An diesem Tag berät das Parlament in einer Doppelsitzung das Budget 2015 des Kantons. Dieses enthält teilweise bereits die Auswirkungen derjenigen Massnahmen, die die Regierung in eigener Regie beschliessen konnte, sowie eine Erhöhung des Steuerfusses um drei Punkte.

Richtig los geht es dann im Januar 2015, wenn die Regierung die Vorlagen zu den 22 Massnahmen präsentiert, für die eine Gesetzes- oder eine Dekretsänderung notwendig ist und die deshalb vom Kantonsrat abgesegnet werden müssen. Man muss kein Prophet sein, um vorauszu sehen, dass bei diversen dieser Massnahmen das Volk das letzte Wort haben wird, so etwa bei der Reduktion der Verbilligung der Krankenkassenprämien. Hier hat die Alternative Liste, mit dem Abstimmungserfolg von vor zwei Jahren in gleicher Sache im Rücken, bereits angekündigt, dass sie gegen diese Mass-

nahme – wenn sie nicht ohnehin vors Volk kommt – das Referendum ergreifen will. Es ist also ein grosses Hauen und Stechen zu erwarten, das allerdings nichts an der Tatsache ändert, dass der Kanton tief in den roten Zahlen steckt und, wenn nichts getan wird, immer tiefer im Schuldenloch versinkt.

Nicht alle Massnahmen des EP14 werden auch umgesetzt werden

Ob aber das EP14 sowie die Steuerfusserhöhung von drei Punkten während dreier Jahre reichen, um wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen, darf bezweifelt werden. Nicht alle Massnahmen, die jetzt auf dem Tisch liegen, werden auch umgesetzt werden – die Prämienverbilligung ist nur ein Beispiel. Doch wie soll der Staatshaushalt wieder auf die Beine kommen? Zum einen braucht es sicher die Sparmassnahmen. Damit diese aber von den Direktbetroffenen sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die den Leistungsabbau bei der Bildung, der Gesundheit und der Sicherheit zu spüren bekommen

werden, akzeptiert werden, braucht es eine Opfersymmetrie, mit der sich die meisten, wenn auch zähneknirschend, einverstanden erklären können. Diese scheint zurzeit noch nicht erreicht, und das hat auch mit den Steuern zu tun. Diese wurden während der letzten Jahre gesenkt, vor allem Firmen und Gutbetuchte profitierten davon. Doch die Steuerschraube dreht auf beide Seiten, sie kann gelockert, aber auch wieder angezogen werden.

Schon am 27. September, kurz nach der Präsentation des EP14, war an dieser Stelle zu lesen, dass diese Zeitung eher wenig von Steuererhöhungen hält, dass es aber in dieser speziellen Situation auch Kompromisse braucht. Und das heisst mehr Steuereinnahmen. Der Kanton Schaffhausen würde damit nicht alleine dastehen: Am 28. September stimmte der Kanton Schwyz mit einem Ja-Anteil von fast 60 Prozent einer Steuererhöhung für Gutdienende und Vermögende zu; andere Kantone hegen ähnliche Pläne. In den Gemeinden der Zürcher Goldküste denkt man in diesen Tagen an Steuererhöhungen oder hat sie schon durchgeführt. Wie hoch eine solche Erhöhung im Kanton Schaffhausen ausfallen soll – darüber muss gerungen werden. Sie muss aber so hoch sein, dass der fatale Eindruck vermieden wird, die Sanierung des Staatshaushaltes geschehe vor allem auf dem Rücken der Invaliden, des Pflegepersonals in den Spitälern und Heimen, der Schulkinder und der Jugendlichen, die sich in Ausbildung befinden, sowie der Polizistinnen und Polizisten.

Und noch ein Letztes: Eine wirkliche Entlastung der Staatskasse bringen auf lange Sicht nicht viele Einzelmassnahmen, sondern der radikale Abbau der Überverwaltung des Kantons. Mit anderen Worten: Die schon lange angedachte Strukturreform muss endlich in Angriff genommen werden.

Vordergasse

58

Das Sparpaket der Schaffhauser Regierung wird heftig diskutiert, die von den Kürzungen Betroffenen gehen gar auf die Strasse, und es bilden sich Vereinigungen, welche sich zur Wehr setzen. In unserem Leitartikel (links auf dieser Seite) nimmt nun heute unser langjähriger (für die kantonale Politik zuständiger) Redaktor Erwin Künzi zu den Plänen Stellung. Darum haben wir ihn ausdrücklich gebeten, wohl wissend, dass sich seine Meinung in Nuancen von der in vielen Diskussionen gefundenen Redaktionsmeinung unterscheidet.

Stockbesoffene am Oktoberfest und an den zahlreichen Ablegern (auch hierzulande) und nun auch noch diese Schlagzeile (aus dem «St. Galler Tagblatt»): «Betrunkene Olma-Besucher: Notfall-Chefarzt schlägt Alarm». Und auch wenn man kein Kind von Traurigkeit ist, so stellt man sich doch die Frage, warum das Saufen und das Pöbeln derart in Mode gekommen sind. Übrigens in Verbindung mit weiteren Unsitten. So melden Anwohner des Olma-Quartiers, die Gegend werde «zum öffentlichen WC». Kennen wir, werden geplagte Altstadtbewohner sagen. Nur: Abhilfe schaffen kann keiner.

Täglich machen im Internet Meldungen die Runde, welche sich bald als falsch herausstellen, meist allerdings erst, nachdem sie in vielen Zeitungen nachgedruckt worden sind. Die Urheber der Juxmeldungen freuen sich jeweils, und jene Kollegen, die darauf hereingefallen sind, schaden unserer Branche. Die Ursache, wenigstens oft: das heute vorgelegte und verlangte Tempo in der Medienbranche, welches die Onlinemedien vorgeben. Schnelligkeit aber ist – das wissen wir – der Feind der Genauigkeit.

Man kann wissen, ohne zu verstehen, aber nicht verstehen, ohne zu wissen.

N. N. (neinger@shn.ch)

Bild der Woche Très beau: Ein Glücksdrache aus französischer Produktion verzückt die Chinesen



Bis Sonntag wird der «Long Ma Jing Shen» – zu Deutsch: «Geist des Drachenpferdes» – noch an der Show der Titanen in der chinesischen Hauptstadt Peking zu sehen sein. Die 12 Meter hohe und 46 Tonnen schwere Konstruktion aus Holz und Metall wurde anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der chinesisch-französischen Beziehungen von der Firma La Machine in Frankreich gebaut und in einer Antonov 124 vom französischen Nantes nach China geflogen. Das Drachenpferd – im Reich der Mitte ist das ein Symbol für Glück – wird von acht auf dem mechanischen Ungetüm sitzenden Personen bedient. «Long Ma Jing Shen» kann die Hinterbeine heben, Feuer speien, Rauch ausstossen und die Züge rollen. Den anwesenden Chinesen scheint der Glücksdrache aus französischer Produktion zu gefallen – diesen Schluss legen die zahlreich hochgehaltenen Digitalkameras und Handys nahe. (taz)

Bild ap/Ng Han Guan